Staaten im Rausch der Schulden

Von unserem Redaktionsmitglied Ruth Weinkopf

MANNHEIM. Gut 15 Monate nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise stellt sich vor allem am Kapitalmarkt die bange Frage, ob nicht nur Banken, sondern auch Staaten pleitegehen können. Anlass für solcherart Spekulationen sind Öl-Scheichtum Dubai und das L.-Mitglied Griechenland, aber

Öl-Scheichtum Dubai und das Lo-Mitglied Griechenland, aber auch Spanien, Portugal und Irland. Das Emirat kann die Schulden einer Immobilien-Tochter nur mit Hilfe des Nachbarn Abu Dhabi tilgen. Die Bonität der Hellenen wird gleich von zwei Ratingagenturen herabgestuft.

Während Dubais klamme Finanzen vor allem als ein dem architektonischen Größenwahn des Emirats geschuldeter Sonderfall angesehen werden kann, taugt Griechenland schon eher als Negativ-Beispiel einer jahrelangen unsoliden Haushaltsführung. Und genau die wurde nicht nur in Athen, sondern leider auch in Brüssel negiert.

Stabilitätspakt nicht aufweichen

Auch deshalb schlagen Volkswirte zunehmend Alarm. Sie fürchten, dass der laxe Umgang mit dem EUbilitätspakt, in dem auch atschland durchaus geübt ist, Schule macht. "Die Stabilitätskriterien aufzuweichen, ist nicht die Lösung", warnt der an der Mannheimer Schlossuniversität lehrende Volkswirt Hans-Peter Grüner. Hilfreich sei aber auch nicht, dass der ehemalige Musterschüler Deutschland mittlerweile mit schlechtem Beispiel vorangehe, und - nur um nicht der Wählertäuschung bezichtigt zu werden - Steuergeschenke auf Pump verteile.

Griechenland, Irland und Spanien verschulden sich dieses Jahr mit Summen neu, die mehr als zehn Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes entsprechen. Als angespannt gelten auch die Finanzen der französischen und der britischen Regierung. Mit 1,65 Billiarden Euro hat die Staatsverschuldung Deutschlands 80 Prozent des BIP erreicht. "Spätestens bei 200 Prozent rückt der Staatsbankrott gefährlich nah", sagt Grüner. Allerdings habe sich Japan sogar

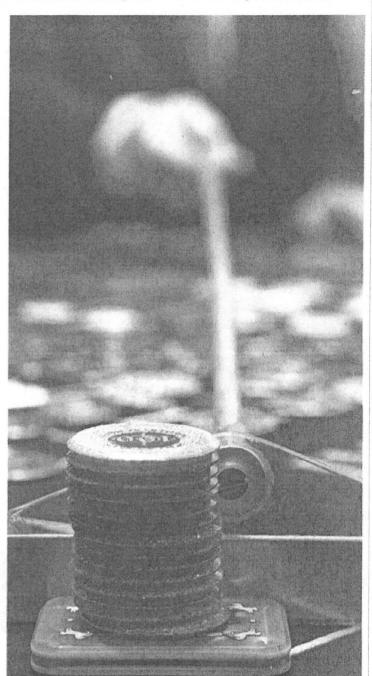
EU zwingt zur Disziplin

- Um den Wert der Gemeinschaftswährung Euro stabil zu halten, wurde am 17. Juni 1997 der Stabilitäts- und Wachstumspakt geltendes Recht.
- Der Euro-Stabilitätspakt fordert von den EU-Mitgliedsländern in wirtschaftlich normalen Zeiten einen annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt.
- Die Neuverschuldung darf pro Jahr maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen, der Schuldenstand maximal 60 Prozent des BIP.
- In der EU verstoßen derzeit 20 der 27 Mitgliedsländer gegen diese Vorschrift. rw

nahe dieser Marke schon für einige Jahre eingerichtet.

Die Gefahr ist groß, dass die unsolide Haushaltpolitik, die nicht in allen Ländern eine Folge der Wirtschaftskrise ist, munter weitergeht. Denn die Zahl der EU-Staaten, die die Stabilitätskriterien aufweichen wollen, steigt. Gleiches gilt für die Stimmen, die Jean-Claude Trichet, dem Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), einen stabilen Ein-Prozent-Zinssatz soufflieren. Ansgar Belke, Forschungsdirektor für Internationale Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, ist der Meinung, dass die EZB noch bis Mitte nächsten Jahres eine Politik des billigen Geldes fahren dürfte. Doch der Ausstieg aus der sogenannten unkonventionellen Geldpolitik, über die jenseits des offiziellen Zinsniveaus Liquidität in den Markt gepumpt wird, sei bereits eingeläutet.

"Die Achillesferse ist die Geldpolitik", sagt Belke mit Blick auf die Versuche, die Auswirkungen der Finanzkrise mit allerlei Staatsausgaben klein halten zu wollen. Sobald Trichet anfange, dem Finanzmarkt Liquidität zu entziehen, würden einige immer noch kranke Banken vor allem in den hoch verschuldeten Ländern der Euro-Zone zusammenkrachen, prophezeit Belke. Dass die Geldpaläste nicht saniert sind, steht



Selbst ein satter Roulette-Gewinn würde vielen Ländern nicht aus dem Schulden-

für Grüner und Belke außer Frage. Die Bilanzen sind nicht bereinigt, das Bad-Bank-Modell ist gefloppt, und das Vertrauen der Banken untereinander längst nicht auf dem Niveau aus Vor-Krisenzeiten. Wie teuer der desolate Zustand mancher Großbanken für Bund und Länder noch werden kann, zeigt gerade eindrucksvoll die BayernLB mit ihrem

Krise noch unbewältigt

Österreich-Debakel.

Desaster helfen.

Die Öffentlichkeit klammert sich unterdessen an jede halbwegs erfreuliche Nachricht der Forschungsinstitute, wobei auch diese Töne bereits vorsichtiger werden. Das "Die-Krise-ist-vorbei-Gefühl" entbehrt denn

auch jeder Realität. Nicht nur in Dubai, auch in Spanien und Teilen Asiens könnte der Immobilienmarkt der nächste Kandidat für den großen Crash sein. Bankenrisiken, Klimaschutz und steigende Arbeitslosenzahlen werden weltweit in den nächsten Jahren ein finanzielles Fass ohne Boden sein.

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein EU-Land zahlungsunfähig wird, ist gering. Im Zweifel müssten zahlungskräftige Mitglieder der Staatengemeinschaft Finanzhilfe leisten – ohne die Frage der Systemrelevanz zu stellen. Die USA und Japan leben bereits lange mit einer atemberaubend hohen Staatsverschuldung – und mit chinesischem Kapital.